



Bundestags- brief

Nr.21 • Die Woche im Bundestag • 06.07.2007



**Prof. Monika
Grütters, MdB**

· Platz der Republik 1 ·
11011 Berlin

Tel.: 030/227 70222

Fax: 030/227 76223

monika.gruetters@
bundestag.de

www.monika-gruetters.de

Zwischenbilanz der Großen Koalition: Erfolgreiche zwei Jahre für Deutschland

Das Parlament geht in die Sommerpause und die Große Koalition bald in die Halbzeit. Wir können auf erfolgreiche zwei Jahre unter Führung der Union zurückblicken. Wir haben die wichtigen Probleme angepackt und Deutschland wieder zurück auf den Weg zu wirtschaftlicher Stärke und internationaler Anerkennung gebracht.

Mit der Einführung von Wettbewerbselementen in das Gesundheitswesen, der Anhebung des Renteneintrittsalters auf 67 und der Senkung der Beiträge zur Arbeitslosenversicherung um 2,3 Prozentpunkte haben wir die Sozialversicherungen zukunftssicher gemacht. In der Haushaltspolitik haben wir die Weichen auf Konsolidierung gestellt. Statt wie Rot-Grün weiter auf Pump zu leben, haben wir die Neuverschuldung deutlich gesenkt und arbeiten weiter daran, sobald wie möglich einen schuldenfreien Haushalt vorzulegen.

Die Unternehmenssteuerreform entlastet die Unternehmen in Deutschland und macht unser Land attraktiv für ausländische Investitionen.

Zukunftsweisende Entscheidungen haben wir auch beim Thema Umweltschutz getroffen: Wir haben uns zu einer deutlichen Reduzierung des CO₂-Ausstosses verpflichtet und konnten auch unsere Partner und Verbündete in der Welt von der Notwendigkeit entschlossenen Handelns überzeugen.

Das konnte nur gelingen, weil Deutschland unter Führung der Union den rot-grünen Kurs außenpolitischer Isolation verlassen hat und wieder zu einem verlässlichen und weltweit geachteten Partner geworden ist. Das starke Wachstum der deutschen Wirtschaft, die sinkenden Arbeitslosenzahlen und unsere internationalen Erfolge, zuletzt auf dem G8-Gipfel in Heiligendamm sowie während der EU-Ratspräsidentschaft zeigen: Wir sind auf dem richtigen Weg. Es ist gut, dass die Union regiert!

Erfolgreicher Abschluss der EU-Ratspräsidentschaft: Durchbruch für Europas Zukunft:

Mit einer diplomatischen Meisterleistung ist es Bundeskanzlerin Angela Merkel gelungen, die Europäische Union wieder handlungsfähig zu machen. Trotz zahlreicher Schwierigkeiten hat es die Bundeskanzlerin geschafft, alle 27 EU-Mitgliedsstaaten auf den gemeinsamen Verfassungsvertrag zu verpflichten. Damit ist klar: Europa ist und bleibt die Heimat aller Mitgliedsstaaten in Gegenwart und Zukunft. Nur zusammen mit unseren Freunden und Partnern kann Deutschland die Herausforderungen der Globalisierung erfolgreich bestehen. Die Unionsfraktion hat die Bundeskanzlerin immer in ihrem Einsatz für Europa unterstützt und wird sich auch in den kommenden Monaten und Jahren dafür einsetzen, Europa weiter zu verbessern. Die nächsten Aufgaben warten schon: Die getroffenen Beschlüsse müssen nun zügig auf der Regierungskonferenz abgeschlossen werden, damit der Änderungsvertrag bis zu den Europawahlen 2009 in Kraft treten kann.

Terroranschläge in Großbritannien zeigen: Wachsamkeit so wichtig wie noch nie:

Mit Entsetzen haben wir die Nachricht von den versuchten Terroranschlägen in London und Glasgow zur Kenntnis genommen. Um ein Haar und ohne die Wachsamkeit von Passanten und der britischen Behörden wären viele unschuldige Menschen skrupellosen Mordattentätern zum Opfer gefallen. Wir sind froh und erleichtert darüber, dass die Anschläge in letzter Minute vereitelt wurden. Wir wissen aber auch: Es hätte viel schlimmer kommen können. Auch wir in Deutschland sind nicht sicher vor terroristischen Anschlägen. Deswegen müssen wir alles tun, um den Terroristen das Handwerk zu legen, bevor sie ihre mörderischen Taten begehen können.

Deshalb müssen wir dafür sorgen, dass unseren Ermittlungsbehörden die notwendigen Instrumente zur Terrorabwehr zur Verfügung stehen. Angesichts der Bedeutung, die das Internet inzwischen als Plattform zur Vorbereitung von Terroranschlägen bekommen hat, schließt dies auch die Möglichkeit zur Onlinefahndung ein, wie sie der Bundesinnenminister zu Recht fordert. Die Unionsfraktion unterstützt Bundesinnenminister Wolfgang Schäuble in seinem Einsatz für die Sicherheit in unserem Land.

Arbeitslosigkeit sinkt weiter:

Beweis für die Richtigkeit unserer Politik. Im Juni sind die Arbeitslosenzahlen weiter deutlich gesunken. 125 000 Menschen mehr als noch im Mai haben wieder eine bezahlte Beschäftigung. Im Vergleich zum Vorjahr ist die Entwicklung noch eindrucksvoller: Mehr als 700 000 Menschen sind nicht mehr auf die Leistungen der Bundesagentur für Arbeit angewiesen. Das heißt auch: Mehr als 700 000 Menschen können wieder selbst ihren Lebensunterhalt verdienen, schöpfen neue Hoffnung und haben wieder das Gefühl, gebraucht zu werden. Wir freuen uns mit ihnen und wissen: Wir sind auf dem richtigen Weg. Die Politik der Union gibt den Menschen in unserem Land neue Hoffnung. Diese Politik wird die CDU/CSU-Bundestagsfraktion auch in den kommenden zwei Jahren energisch fortsetzen. Allerdings registriert die Bundesagentur in letzter Zeit auch einen verstärkten Mangel an qualifizierten Bewerbern, um die offenen Stellen zu besetzen. Auch die OECD warnt in ihrem jüngsten Bericht vor einem drohenden Fachkräftemangel in Deutschland bereits in den nächsten Jahren. Wir müssen unsere Anstrengungen erhöhen, die hier lebenden Menschen so zu qualifizieren, dass jeder eine Chance auf dem Arbeitsmarkt hat. Dort, wo kurzfristig dringend Fachkräfte gebraucht werden, müssen wir neben der Qualifikation und Weiterbildung unserer eigenen Leute auch den gesteuerten Zuzug von Fachkräften aus dem Ausland erleichtern. Dabei muss die langfristige Integrationsfähigkeit der Zuwanderer Vorrang vor kurzfristigen betriebswirtschaftlichen Interessen haben.

Situation von Migrantinnen verbessern

Gleichberechtigung der Geschlechter ist ein Gebot der Menschenrechte und des Grundgesetzes. Im alltäglichen Leben wird gegen

diesen Grundsatz teilweise verstoßen: Schülerinnen mit Migrationshintergrund dürfen an Klassenfahrten oder am Sportunterricht nicht teilnehmen, Mädchen unterliegen besonderen Verhaltensvorschriften, Frauen werden am Erlernen der deutschen Sprache gehindert und in ihren Kontakten eingeschränkt. Manche Mädchen und Frauen erleben Gewalt in der Familie bis hin zu Zwangsverheiratungen. Erfolgreiche Integrationspolitik sieht eine wichtige Aufgabe in der Unterstützung von Frauen mit Migrationshintergrund. Es sind gerade Frauen, die in Beruf und Familie, aber auch mit ihrem sozialen, gesellschaftlichen und politischen Engagement die Integration der nächsten Generation entscheidend prägen. Deshalb müssen wir ihre Potenziale stärken. Ihre Möglichkeiten zur sozialen, gesellschaftlichen und politischen Teilhabe müssen verbessert werden. Dies sollte so früh wie möglich auch in Schule und Ausbildung beginnen. Integrationspolitische Maßnahmen müssen gezielt auf die spezifischen Bedürfnisse von Frauen und Mädchen mit Migrationshintergrund zugeschnitten werden. So wird zugleich die Gleichberechtigung der Geschlechter, die im Grundgesetz an zentraler Stelle verankert ist, gestärkt und im Alltag verwirklicht. Häusliche Gewalt, einschließlich spezifischer Formen von Gewalt wie etwa Genitalverstümmelung und Zwangsverheiratung, betreffen Frauen und Mädchen mit Migrationshintergrund vielfach in besonderer Weise. Die Prävention und der Schutz vor diesen Formen der Gewalt werden fortgeführt und verstärkt. Integration kann nur funktionieren, wenn alle Beteiligten dazu ihren Beitrag leisten. Dies gilt sowohl für Personen innerhalb einer kulturellen Gruppe als auch für Gruppen mit unterschiedlichen kulturellen Hintergründen.

Bei dem Expertengespräch wird die Situation von Frauen und Mädchen mit Migrationshintergrund näher beleuchtet, um weitere Lösungsansätze zu erarbeiten. Die Kanzlerin lädt am 12. Juli zum zweiten Integrationsgipfel und stellt dort den Nationalen Integrationsplan vor. Mit den Ergebnissen des Gesprächs, dem weitere folgen werden, sowie den Ansätzen aus dem Positionspapier „Identität und Welttoffenheit sichern – Integration fördern und fördern“ unterstützt die CDU/CSU-Bundestagsfraktion das mit Integrationsgipfel und dem Nationalen Integrationsplan verstärkte Bemühen um Integration in Deutschland.